Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redaktion u. Expedition: Biebrich a Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.
Redakteur: Guido Zeidler in Biebrich a. Rh.
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.
Filialexpedition in Hochheim: Jean Lauer.

Bezugspreis: monatlich 70 Pfg. einschl. Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 6gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.

№ 145 — Donnerstag, den 5. Dezember 1918 — Postscheckkonto: Frankfurt (Main) Nr. 2818 — 12. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Betrifft die Ausgabe von Handkäsen.

Der Gemeinde ist eine gewisse Anzahl Handkäse überwiesen worden, welche am Donnerstag, den 5. Dezember l. Js., vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr, im Rathause, gegen Vorlage der Lebensmittelkarten in folgender Reihenfolge ausgegeben werden:

von 8—9 Uhr an die Bewohner der Abtsstraße, Richtstraße, Alleestraße, Altenauerstraße, Bahnhofstraße, Bauerngasse, Beethovenstraße, Blumenmädchen, Burgeffstraße und Claßmannstraße;

von 9—10 Uhr an die Bewohner der Delkenheimerstraße, Adolfstraße und Elisabethenstraße;

von 10—11 Uhr an die Bewohner der Eppsteinstraße, Erbenbäckerweg, Flörsheimerstraße, Frankfurterstraße, Friedrichsplatz, Gartenstraße, Güte Gottes und Hintergasse;

von 11—12 Uhr an die Bewohner der Hochstätte, Jahnstraße, Kirchstraße, Kronprinzenstraße, Laternengasse, Mainweg und Mainzerstraße;

von 2—3 Uhr an die Bewohner der Margaretenstraße, Marxstraße, Massenheimerstraße und Möhlerstraße;

von 3—4 Uhr an die Bewohner der Neudorfgasse, Nordenstädterstraße, am Plan, Rathausstraße, Rosengasse und Sponheimstraße;

von 4—5 Uhr an die Bewohner der Steingasse, Sterngasse, Taunusstraße, Weiherstraße, Weißenburgerstraße und Wertestraße;

von 5—6 Uhr an die Bewohner der Wiesbadenerstraße, Wilhelmstraße, Wintergasse, am Weiher, Bahnstrecke und Falkenberg.

Die Reihenfolge ist der flotten Abwicklung wegen streng einzuhalten. Nach dieser Zeit werden keine Käse mehr ausgegeben.

Auf den Kopf entfallen 3 Stück. Das Stück kostet 10 Pfennig. Abgezähltes Geld, sowie Einwickelpapier ist mitzubringen.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat. J. V.: Dr. Doefseler.
Der Arbeiter- und Bauernrat.
Grohmann.

Freitag, den 6. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr, findet eine

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

statt, wozu ergebenst eingeladen wird.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
gez.: Hummel.

Tagesordnung:

1. Drei Kassenrevisionsberichte.
2. Erhöhung des Sprunggeldes für Kühe von 70 Pfennig auf 1.50 Mark.
3. Festsetzung des Lohnes der Arbeiter- und Bauernräte.
4. Wahl des Stellvertreters des Stadtverordneten-Vorstehers.

Bekanntmachung.

Die Speckabgabe aus den Hausschlachtungen hat sofort nach dem Schlachten an die Gemeinde-Sammelstelle bei Fleischbeschauer Joh. Bauer zu geschehen, woselbst sofortige Zahlung erfolgt.

Ebenso sind die Fleischkarten beim Schlachten an die Fleischbeschauer oder auf dem Rathaus abzugeben.

Hochheim a. M., den 2. Dezember 1918.

Der Magistrat. J. V.: Dr. Doefseler.

Der Arbeiter- und Bauernrat.

Betrifft die Ausgabe von Kartoffeln.

Die Ausgabe der Kartoffeln auf Kartoffelkarten findet am Samstag, den 7. Dezember l. Js., vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Schulkeller statt.

Auf den Kopf der Versorgungsberechtigten entfallen 7 Pfund Kartoffeln für 7 Tage, das Pfund zu 9 Pfennigen.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat. J. V.: Dr. Doefseler.

Betrifft die Ausgabe der Brotkarten.

Die Ausgabe der Brotkarten für die nächste Woche erfolgt am Samstag, den 7. Dezember l. Js., vormittags von 8 bis 1 Uhr, in folgender Reihenfolge:

von 8 bis 9 Uhr die Nummern 1 bis 300,
von 9 bis 10 Uhr die Nummern 301 bis 600,
von 10 bis 11 Uhr die Nummern 601 bis 900,
von 11 bis 12 Uhr die Nummern 901 bis 1200,
von 12 bis 1 Uhr die Nummern 1201 bis Schluß.

Die vorstehende Reihenfolge wird unbedingt eingehalten und werden Inhaber von Karten, welche nicht an der Reihe sind, zurückgewiesen.

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jede unberechtigte Weiterbenutzung der Brotkarten wie der Zusatzbrotkarten verboten ist und mit empfindlichen Strafen geahndet wird, hauptsächlich sind die Zusatzbrotkarten nach Lösung des Arbeitsverhältnisses zurückzugeben.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat. J. V.: Dr. Doefseler.

Betrifft die Ausgabe der Fleischwaren.

Die Ausgabe der Fleischwaren erfolgt am Samstag, den 7. ds. Mts.

Nach Feststellung des Schlachtgewichts wird die Menge, welche auf eine Reichsfleischkarte entfällt, durch Anschlag an den Metzgerläden bekannt gegeben.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Magistrat. J. V.: Dr. Doefseler.

Die Reichsgetreidestelle hat sich mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die Volksernährung und damit die Zukunft Deutschlands zu sichern. Soll ein Zusammenbruch der Volksernährung und kaum auszudenkendes Elend vermieden werden, **so muß die Getreideerfassung und Getreideablieferung mit größtem Eifer und Gewissenhaftigkeit fortgesetzt werden.** Damit wird nicht einer bestimmten Partei oder irgendeiner politischen Richtung, sondern unserem ganzen in schwerster Not ringenden Volke gedient.

Angesichts vereinzelter Vorkommnisse im Reiche hat die Reichsleitung eine Verfügung erlassen, **wonach unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel strengstens untersagt sind.** Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide usw. haben zu unterbleiben. Auch sind die örtlichen Stellen nicht befugt, irgendwelche Anweisungen der Reichsgetreidestelle aufzuheben oder zu ändern.

Wir bitten die Kommissionäre und selbstliefernden Kommunalverbände, dafür Sorge zu tragen, daß die Einholung von Verladeverfügungen und die Verladungen nicht stocken, daß auch der Schriftwechsel und Telegrammverkehr mit uns, sowie die ordnungsmäßige Führung der Waren-Ein- und Ausgangsbücher und die Wochenzusammenstellungen ungestört fortgesetzt werden. **Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung ist das höchste Gebot der Stunde.**

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortsetzung der Arbeit Schwierigkeiten erwachsen, deren von hier aus gedacht werden kann, so bitten wir um unverzügliche Benachrichtigung.

Berlin W. 50, den 16. November 1918.

Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J.-Nr. II. Kornst. 8121. von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Bekanntmachung.

Heeresgut darf **nur** mit Genehmigung des stellv. Generalkommandos oder der Intendantur 18. Armeekorps verdußert werden.

Privatpersonen, welche entgegen diesen Bestimmungen Heeresgut kauften, erwerben dadurch kein Besitzrecht an den betreffenden Gegenständen.

Es wird vielmehr gegen solche Privatpersonen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden.

Mainz, den 23. November 1918.

B. i. h. Gouv. F. d. Ch. d. St.
gez.: Sommer, Major.
Arbeiter- und Soldatenrat.
gez.: Wirth.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Bekanntmachung.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die vielfach und insbesondere auf dem Lande verbreitete Ansicht, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien, falsch ist.

Die durch Bundesratsverordnungen usw. gegebenen Vorschriften, betreffend die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Abgabe von Nahrungsmitteln, die Verfütterung von Getreide usw., sind in Geltung geblieben und müssen nach wie vor gehandhabt werden.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Der Landrat.
J.-Nr. II. K. 5416/I. von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Betrifft: Unveränderte Fortführung der Geschäfte der Reichsgetreidestelle und des Landes-Getreide-Amts.

Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidestelle mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landes-Getreide-Amt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und damit den Ausbruch von Hungersnot und Anarchie verhindern.

Getreideerfassung und **Mehlverteilung** dürfen als die Grundlagen unserer gesamten Brotversorgung **nicht gestört werden.** Die Reichsleitung hat auch bereits angesichts vereinzelter Vorkommnisse im Reiche unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel aufs strengste untersagt. **Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände wie auch der Heeresverwaltung an Mehl, Getreide usw. zu verfügen** oder irgend welche Anweisungen der Reichsgetreidestelle, des Landes-Getreide-Amts und der Kommunalverbände über Erfassung und Verbrauch aufzuheben oder zu ändern. Unsere Anordnungen (Rundschreiben und Einzelverfügungen) bleiben somit in vollem Umfange ebenso in Kraft wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen. Die Kommunalverbände haben daher den Schriftverkehr sowohl mit uns, wie mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle in der bisherigen Weise aufrecht zu erhalten.

Weiter ersuchen wir die Kommunalverbände, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindevorstände und die sonstigen ihnen unterstellten Stellen, insbesondere aber die **Kommissionäre,** ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf die politischen Ereignisse in gleicher Weise wie bisher fortsetzen. Der Verkehr mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden ist von den Getreideaufkäufern unverändert weiter zu pflegen. Namentlich dürften die Einholung von Verladeverfügungen und die Verladung nicht stocken. Auch der sonstige Schriftwechsel und Telegrammverkehr ist fortzusetzen; ebenso ist für ordnungsmäßige Fortführung der Wareneingangs- und -ausgangsbücher und Fertigung der Wochenzusammenstellungen zu sorgen. Nur **Ordnung und Arbeit** auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung, kann das Chaos verhüten.

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortsetzung der Arbeit Schwierigkeiten erwachsen, so bitten wir um unverzügliche telegraphische Benachrichtigung.

gez. Dr. Steiner.

An die preußischen Kommunalverbände.

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J.-Nr. II. Kornst. 8155. von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Bekanntmachung.

Betrifft: Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln wird hiermit für den Umfang des Landkreises Wiesbaden auf 10 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Berücksichtigung findet hierbei die Rückerstattung der Schnelligkeitsprämie und die Verluste, die durch das starke Faulen der Kartoffeln entstehen.

In den Ueberschuß-Gemeinden, wo die Unkosten für die Zufuhr der Kartoffeln und die Verluste beim Lagern wesentlich geringer sind, wird der Kleinverkaufspreis **unter** dem festgesetzten Höchstpreis bleiben müssen.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J.-Nr. II. Kf. 5653. von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Betr. Pferdeversteigerung.

In nächster Zeit läßt die Militärverwaltung die überzähligen Pferde versteigern. Zu den Versteigerungen haben nur solche Käufer Zutritt, die im Besitz einer Zulassungskarte (Pferdekarte) sind. Diese Zulassungskarten werden auf Antrag vom stellv. Generalkommando ausgestellt.

Formulare zu diesen Anträgen, je besondere für Industrie und Landwirtschaft, werden von den Bürgermeistereien abgegeben.

Die Versteigerungsbedingungen sind ebenfalls bei den Bürgermeistereien und im Landratsamt (Zimmer 47) einzusehen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. V.: Dr. Tennis.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 3. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Betrifft: Reichs-Reisebrotmarken.

Die auf 500 Gramm Gebäck lautenden Reisebrotmarken werden, wie bereits bekannt gegeben, mit Ablauf des 15. Dezember ds. Js. außer Kraft gesetzt.

Dem Verbraucher dürfen dieselben bis zum 15. Dezember einschließlich gegen 50 Gramm-Reisebrotmarken umgetauscht werden. Im Landkreise Wiesbaden erfolgt der Umtausch für die in Biebrich wohnenden Verbraucher beim Magistrat daselbst oder auch beim Kreisausschuß in Wiesbaden, Lessingstraße 16, Zimmer 29, für die Verbraucher in den übrigen Gemeinden beim Kreisausschuß.

Nach dem 15. Dezember ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkartenabmeldeschein oder sonstigen Ausweis vorlegt, Inhalts dessen er über den 15. Dezember hinaus mit Reisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotkarten zu seiner Brotversorgung versehen ist.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Hochheim a. M., den 2. Dezember 1918.

Der Bürgermeister. J. V.: Dr. Doefseler.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Die Belgier in Jülich.

In Jülich ist belgisches Militär eingerückt. Es wurde sofort folgende Bekanntmachung öffentlich angeschlagen: In Ausübung der militärischen Machtbefugnisse, in die ich für Jülich eingesetzt bin, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung befehle ich hiermit: 1. Es ist von heute ab jedem, wer es auch sei, verboten, ohne eine Erlaubnis die Stadt zu verlassen oder zu betreten. 2. Alle Einwohner müssen von 7 Uhr abends belgischer Zeit bis 7 Uhr morgens belgischer Zeit zu Hause bleiben. 3. Alle Ansammlungen sind verboten, nötigenfalls werden sie auseinandergetrieben. 4. Alle öffentlichen Gebäude, Theater, Kinos, Kaffees und Wirtschaften sind sofort bis zu erwartendem anderen Befehle zu schließen. 5. Alle Waffen, die im Besitz der Zivilbevölkerung sind und alle militärischen Ausrüstungsgegenstände sind abzuliefern. 6. Geiseln, die ich bezeichnen werde, müssen sich zu meiner Verfügung im Rathaus aufhalten und gelten als Bürgen für die Sicherheit der belgischen Besatzung der Stadt. 7. Die ganze Polizei- und Gemeindeverwaltung sind mir unterstellt. 8. Aller Wagenverkehr ist bis zum Erlaß neuer Befehle untersagt. Ausgenommen ist der Verkehr der elektrischen Straßenbahn und der Lebensmittelverkehr. 9. Keine Zeitung kann Veröffentlichungen bringen und keine Plakate dürfen erscheinen ohne meine Erlaubnis. Alle mit meiner Erlaubnis veröffentlichten Artikel müssen auf deutsch und französisch erscheinen. 10. Deutsche Matrosen und deutsches Militär in Uniform darf in der Stadt nicht verkehren. 11. Jede Person, die im Besitz von Waffen angetroffen wird, wird sofort festgenommen und erschossen. 12. Von 4 Uhr belgischer Zeit bis 8 Uhr haben die Untergeschosse aller Geschäfte erhellt zu sein. 13. Ich behalte mir vor, in allen Wohnungen Untersuchungen abzuhalten. 14. Die Zivilbevölkerung muß die vorübergehenden Offiziere durch Abnahme der Kopfbedeckung grüßen und dabei den Bürgersteig verlassen. Wer diesen meinen Befehl übertritt, wird sofort festgenommen und durch Verfahren erschossen. Den Einwohnern der Stadt wird außerdem eine Geldbuße auferlegt. 15. Die Bürgerwehr ist hiermit abgeschafft. Der gegenwärtige Befehl tritt sofort in Kraft. Oberst Garcia.

Schadenersatzvorschläge der Entente?

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News" erklärte, daß die Alliierten folgende Schadenersatzvorschläge erwägen:

1. Es soll während einer Reihe von Jahren ein Schadenersatz in Geld für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden geleistet werden. Die Schulden werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling berechnet.

2. Sämtliche verbrannten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen durch deutsche Arbeiter neu aufgebaut, die Wege neu angelegt, die Schlachtfelder wiederhergestellt und das benötigte Material durch deutsche Arbeiter für die Alliierten zusammengebracht werden.

3. Es soll ein Schadenersatz geleistet werden, für den versenkten Schiffsraum, und zwar auf Grund einer zwischen den Alliierten und den Zentralmächten abgeschlossenen Uebereinkommens, laut dem die deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren und auf deutschen Werften neue Schiffe für die britische oder die anderen Kauffahrteiflotten gebaut werden müssen.

4. Neben dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich soll eine weitere Entschädigung für die erlittenen anderen Verluste gezahlt werden.

5. Das gesamte in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Die deutschen Kohlenbergwerke haben einen Teil der geförderten Kohle abzugeben. Diese Abgabe ist auf eine Reihe von Jahren zu zahlen. Außerdem ist die deutsche Kohlenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die in Italien, Serbien und Rumänien angerichteten Verheerungen müssen wieder gutgemacht werden.

Die Kapitulation Lettow-Vorbecks.

Wb London, 2. Dezember. Reuter. Aus Laurenco Marques wird vom 25. November amtlich gemeldet, daß General von Lettow-Vorbeck sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Europäern, 1165 Askaris, 1516 Trägern, 462 örtlichen und portugiesischen Trägern, 13 eingeborenen Häuptlingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergab. Die Askaris bleiben bis zur Heimbeförderung in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar es Salam.

Der Haß der Feinde.

Berlin, 3. Dezember. Die „Kreuzzeitung" beruft sich darauf, daß sie oft genug ihre warnende Stimme erhoben habe, wenn der Glaube an den Anstand des Siegers auftauchte. Unsere Optimisten haben nicht mit dem Haß eines Clemenceau und seiner Gesinnungsgenossen gerechnet, noch weniger aber mit dem realpolitischen Urteil der anderen Völker.

Der „Vorwärts" sagt: Es gibt keinen Zweifel, daß die Gegner entschlossen sind, uns aufs Tiefste zu demütigen und zu verletzen, jeden Funken von Würde bei uns zu zertreten. Der ungestüme Kriegsbub will seinen Triumph voll auskosten. Und da gibt es noch Leute, die durch Tonneurreserei die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in Deutschland vergrößern helfen.

Berlin, 3. Dezember. Als sehr bezeichnend für die Stimmung in Frankreich spricht die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine ihr zugehende Meldung an, worin es heißt: Aus Frankreich zurückgekehrte hochgestellte Holländer, welche die Stimmung führender französischer Kreise genau kennten, sagten aus, daß ernstlich der Plan bestürde, aus Deutschland eine Ausbeutungskolonie zu machen. Demgegenüber, so sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", sei es wohl angebracht, weitere und unnötige Mißgänge zu vermeiden und ernstlich daran zu denken, durch eine beschleunigte Fortgang der innerpolitischen Verhältnisse einen Einfluß auf die künftigen Geschicke Deutschlands zu gewinnen, zu retten, was noch zu retten ist.

Verwertung des frei werdenden Kriegsmaterials.

Wbo Berlin, 30. November. Eine Hauptvoraussetzung für die Wiederaufrichtung der heimischen Volkswirtschaft ist die restlose Erfassung und Verwertung des ganzen durch die Demobilisation freiwerdenden Kriegsmaterials jeder Art. Wer Heeres- oder Marinegut verschleudert, schlecht beaufsichtigt, sich aneignet oder widerrechtlich verbraucht, schädigt ebenso wie der Hüter solcher Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürfen, verhindert die Abbürdung unserer Schulden, zu der der Erlös aus dem geordneten Verkauf dieser Güter beitragen soll, und vermehrt die finanziellen Lasten des gesamten Volkes. Es ergeht daher an jedermann der Aufruf, dazu mitzuhelfen, daß von diesen Milliardenwerten nichts durch Nachlässigkeit oder Untreue verloren geht. Dabei darf nichts als zu geringfügig angesehen werden. Zur Durchführung einer geregelten Verwertung des frei werdenden Kriegsgeräts jeder Art ist das im Bereiche des Reichsschatzamtes errichtete Verwertungsamt für frei werdende Heeres-, Marine- und sonstige reichseigene Güter, Berlin NW. 7, Unter den Linden 78, ausschließlich bestimmt. Das Verwertungsamt wird Zweigstationen in allen Bundesstaaten und an größeren Plätzen des Reiches begründen. Alle Stellen werden aufgefordert, das Amt in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Kaiser und Kronprinz. Eine holländische Agentur meldet, daß zwischen dem früheren deutschen Kaiser und dem Kronprinzen ein ernster Streit besteht, der bis in die letzten Tage der Monarchie zurückgeht. Der Kronprinz hatte energisch darauf gedrungen, daß der Kaiser zurücktrete, damit er (der Kronprinz), nachdem er selbst auf den Thron verzichtet haben würde, als Regent für seinen Sohn hätte auftreten können. Er hoffte, dadurch, daß er schnell auf seinen Thron verzichtete, die Monarchie retten zu können. Dem gibt er dem Kaiser Schuld an dem Ausbruch der Revolution. Seit den ersten Novembertagen scheinen alle Beziehungen zwischen den beiden Hohenzollern abgebrochen zu sein.

Die Neuerbauung im Reich.

Der Reichswohnungsausschuß.

Wbo Berlin, 2. Dezember. Der kürzlich gewählte Reichswohnungsausschuß besteht laut Beschluß des Vollzugsrats vom 29. November 1918 aus acht Groß-Berliner (preußischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreußischen Bundesstaaten, ferner aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern.

Der Reichstag.

Wb Freiburg i. Br., 2. Dezember. Der Reichstagspräsident Fehrenbach erhielt vom Reichstagsbüro heute folgendes Telegramm:

„Von der Reichsregierung ist uns folgendes Schreiben zugegangen: „Die Reichsregierung hat verfügt, Sie zu benachrichtigen, am 1. Dezember 1918 an die Herren Reichstagsabgeordneten für die Diäten auszuzahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten. Zugleich beauftragen wir Sie, die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten der Herren Reichstagsabgeordneten veranlassen zu wollen. Ebert, Haase."

Darauf hat der Reichstagspräsident an die Reichsregierung und das Reichstagsbüro folgendes telegraphiert:

„An die Reichsleitung, Berlin.

Laut telegraphischer Mitteilung haben Sie das Reichstagsbüro angewiesen, am 1. Dezember 1918 an die Reichstagsabgeordneten nur die Diäten auszuzahlen, die im Falle einer erfolgten Reichstagsauflösung bezahlt werden müßten, sowie die Einziehung der Eisenbahnfahrkarten zu veranlassen. Diese Anordnungen sind gesetzwidrig. Die freie Eisenbahnfahrt ist durch das Gesetz vom 22. Juni d. Js. für die Dauer der Legislaturperiode, die noch andauert, gewährleistet, und die Auszahlung der Dezemberdiäten darf nicht abhängig gemacht werden von der Fiktion einer Reichstagsauflösung. Der Reichstag ist nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzwidrigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbüro mit Umgehung des Präsidenten Weisungen zugehen zu lassen. Ich habe dem Büro verboten, der jetzigen Verfügung nachzukommen.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.

An das Reichstagsbüro, Berlin.

Die Verfügung der Regierung betreffend die Diäten und die Freifahrkarten ist solange hier Anfragen nicht maßgeblich ist, gesetzwidrig. Die Regierung hat auch nicht das Recht, mit Umgehung des Präsidenten Ihnen direkte Weisungen zukommen zu lassen. Ich habe gegen diese Gesetzwidrigkeiten protestiert.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. Alle Nachrichten über Maßnahmen unserer Feinde im besetzten Gebiet, wie z. B. Internierungen, sowie über sonstige Verhältnisse, Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen usw., sind mit größtem Mißtrauen aufzunehmen, wenn sie nicht amtlich veröffentlicht werden oder vom Generalkommando bestätigt sind.

Der Arbeiter- und Soldatenrat des Stellv. Generalkommandos des 18. Armeekorps.

Protest der Ostfront.

Wb Berlin, 2. Dezember. Auf die Ausführungen des Führers des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin, Molkenbuhr, die vollkommen ungerechtfertigte Aeußerungen über die Ostverhältnisse bringen, erging folgender Protest durch den Zentralrat der Ostfront:

„Der Zentralrat der Ostfront ist erstaunt über die Aeußerungen von Ihnen, daß die in Rußland liegenden Armeen wohl kaum an die Rückkehr denken könnten. Wir verstehen nicht, wie Sie derartiges in öffentlicher Versammlung sagen können, da doch die ganze Lage der Ostfront zu diesem Pessimismus keinen Anlaß gibt, solange es den Arbeiter- und Soldatenräten gelingt, ihre Politik der Ruhe und Ordnung weiter durchzuführen. Mit derartigen Mitteilungen verwirren Sie die Stimmung in der Heimat und auch bei den Truppen, die davon Kenntnis empfangen. Sie erschweren dadurch unsere außerordentlich großen Aufgaben und beschwören erst die Gefahr herauf, die Sie als schon vorhanden darstellen. Wir ersuchen Sie dringend, über die Ostfragen nur unsere bevollmächtigten Vertreter sprechen zu lassen, die wirklich mit der Sachlage vertraut sind. Der Zentralrat der Ostfront."

Die Heimkehr des Alpenkorps.

Ueber den Rückmarsch des Alpenkorps, welches, glücklicher als Mackensens Armee, in einer Stärke von 20 000 Mann, wenn auch nicht geschlossen, so doch in Einzelverbänden die Heimat erreichen konnte, wird der Köln. Ztg. aus München folgendes berichtet:

Schon als das Alpenkorps anfang Oktober unter dem Generalmajor Kuntzbek, dem Onkel des bekannten gefallenen Fliegeroffiziers, an der Balkanfront eingesetzt wurde, strömten ihm die in vollziger Auflösung fliehenden Bulgaren entgegen. Am 12. Oktober begann der Rückmarsch, während die Serben langsam nachdrängten. Die durchweg bewaffnete serbische Zivilbevölkerung war aufsässig. Schwieriger gestaltete sich die Lage in Ungarn, wo der Budapester Soldatenrat, mit dem man in telephonischer Verbindung stand, die Bahnzüge stets versprach, aber niemals wirklich stellte. In Szegedin mußten von den etwa 15 000 Pferden des Alpenkorps viele um zehn Kronen verkauft, andere erschossen werden. Die Verbindung mit der weiter ostwärts marschierenden Armee Mackensen hielt ein einziger Flieger des Alpenkorps aufrecht. Der Fußmarsch von fast 1000 Kilometer, wobei manche der Fußbekleidung entmangelten, ging bis in die Nähe Budapests, wo man die zur Besetzung der Stadt bestimmte französische Division vorbeifahren sah. Heute, die sich absonderten, wurden von den Ungarn entwaffnet und zur Herstellung der zerstörten Bahnen nach Serbien geschafft. Das Alpenkorps als solches blieb bewaffnet und erzwang sich schließlich in der Nähe Budapests die Rückbeförderung in wenigen offenen Kohlenwagen.

Unsere U-Boote.

Reuter meldet, man glaube, daß Deutschland während der gesamten Kriegszeit im ganzen 360 Unterseeboote gebaut habe, von denen etwa 200 vernichtet worden seien. Von maßgebender Seite erfährt man, daß die deutschen Tauchboote richtig einlaufen und daß die Gesamtzahl der abzuliefernden Tauchboote etwa 150 betragen würde.

Bekanntlich hat der Verband ursprünglich auf Grund dieser Rechnung die Auslieferung von 160 Tauchbooten verlangt. Als Erzberger erklärte, daß diese Forderung nicht erfüllt werden könne, weil Deutschland überhaupt keine 160 Tauchboote besitze, wurde der diesbezügliche Waffenstillstandsparagraph dahin abgeändert, daß statt der Zahl 160 die Worte „alle Tauchboote" in den Vertrag hineingesetzt wurden.

Wilhelm II. und die Entente.

London. Der parlamentarische Korrespondent der „Times" schreibt: Der Beschluß, Maßregeln gegen den deutschen Kaiser zu ergreifen, ist augenscheinlich eine Lösung der Wichtfrage. Der Kriegsminister kam zu folgenden Schlüssen: 1. Es liegt in der Macht der alliierten Regierungen, die Auslieferung des Kaisers zu verlangen. 2. Die britische Regierung wird alle nötigen Schritte tun, um die Auslieferung durchzusetzen. 3. Wenn die Auslieferung gesichert ist, muß der Kaiser zum Tode verurteilt werden. Es wird mitgeteilt, daß das Ministerium keinerlei Aktionen beginnen wird, bevor die

---

Wb Kiel. Wie wir von zuständiger Quelle erfahren, ist Sonntag nachmittag eine Flottille von 12 englischen Zerstörern, die durch den Sund in der Ostsee eingelaufen waren, in Lübeck angekommen. Der englische Marinekommission trifft morgen in Wilhelmshaven ein.

Wb Berlin, 2. Dezember. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, entsprechen die aus Glatz hierher gelangten Meldungen über einen angeblich tschechischen Vormarsch gegen die Grafschaft Glatz nicht den Tatsachen.

Das linke Rheinufer. „Homme Libre", das Blatt Clemenceaus, schreibt: Die Entente habe ihren Willen dahin bekundet, daß das linke Rheinufer bei Frankreich zu belassen sei.

Aachen. Die Belgier, die am Samstag die Stadt besetzten, haben sofort eine Reihe strenger Bestimmungen erlassen und auf zahlreiche Verstöße dagegen die Todesstrafe gesetzt. So muß jeder Bürger vor einem feindlichen Offizier den Bürgerhut verlassen und grüßen. Alle Waffen müssen abgeliefert werden. Wer mit einer Waffe auf der Straße betroffen wird, wird auf der Stelle erschossen. Es sind zehn Geiseln aus den reichsten Kreisen der Bevölkerung genommen worden, die täglich gegen andere ausgetauscht werden. Die Besatzung wurde in Schulen einquartiert.

Generaloberst v. Heeringen — Präsident der Kriegervereine. Wie wir hören, ist Generaloberst v. Heeringen, der frühere Kriegsminister und Führer der bekannten Heeresgruppe im Süden der Westfront, zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes ernannt worden. Als Präsident des Preußischen Landes-Kriegerverbandes ist er gleichzeitig Präsident des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände. Der neue Führer der Kriegervereine steht vor einem dankbaren Felde der Tätigkeit.

Die Abdankungsurkunde des Kronprinzen.

Haag, 3. Dezember. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt von maßgebender Stelle, daß die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am Dienstag erscheinen soll. Wie es heißt, handt der deutsche Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Die Kontributionen an die Verbandstruppen.

Berlin, 3. Dezember. Nach inzwischen eingegangenen Meldungen sind die vom dem Verband geforderten Kontributionen von 10 bezw. 30 Millionen Mark nicht von den Städten Düren und Köln zu entrichten, sondern die genannten Beträge sollen nur in den beiden Städten Köln und Düren zur Ablieferung gelangen.

Im besetzten Gebiet.

Köln. Wie die „Kölnische Zeitung" von wohlunterrichteter Seite erfährt, hat der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission in einer der letzten Sitzungen eine Note überreicht, in der die Bedürfnisse der Besetzungstruppen für die nächste Zeit angemeldet wurden. Die Franzosen verlangen eine vierfache Kontribution von 40 Millionen Mark. Hiervon sind von der Stadt Düren 10 Millionen Mark bis zum 5. Dezember, von der Stadt Köln 30 Millionen Mark bis zum 12. Dezember zu entrichten. Die Amerikaner verlangen einstweilen 64 Millionen Mark. Ort und Zeit der an Amerikaner, Belgier und Franzosen abzuliefernden Beträge werden noch bekannt gegeben.

Kölns Vorbereitungen für die Besatzung.

In Köln ist man schon recht tätig, die Chrenpforten abzubauen und die Fahnen einzuziehen. Um noch möglichst viel Kriegsgerät retten zu können, erließ der Gouverneur an die Bevölkerung einen Aufruf, wonach Prämien für die Hilfe gezahlt werden an alle, die die Geschütze noch rechtzeitig hinter die neutrale Zone schaffen. Es werden für Feldgeschütze 100 Mark gezahlt und für die Fußartilleriegeschütze 200 Mark. Das Gouvernementsgericht Köln schließt heute seine Pforten, nachdem es seit 1815 bestanden hat. Die Stadtverwaltung tut ihr möglichstes, um die zur Besetzung kommenden Engländer zufrieden zu stellen. Sie läßt die Kasernen, die von den Soldaten nicht zum besten verlassen werden, herrichten.

Saarbrücken. Auf Anordnung der französischen Kommandantur wird eine Zusammenhaltekontrollierung der Bevölkerung vorgenommen; die Zählpapiere mit Kennzeichen werden von französischen Zivilpersonen entgegengenommen, denen ein Dolmetscher beigegeben ist. Die Zeitungen stehen zwar nicht unter Vorzensur, müssen aber im Augenblick des Erscheinens je 3 Belegexemplare der französischen Kommandantur einreichen. Angriffe auf die Alliierten und Förderung des Bolschewismus sind ausdrücklich verboten. Bei Strafe der Unterdrückung dürfen die Besatzungstruppen nicht als „feindliche" bezeichnet werden. — In Völklingen sind die ersten Requisitionen (nach Heu und Stroh) vorgenommen worden. Die Post wird von dort nur nach den besetzten Orten der Umgegend befördert; alle weiteren Sendungen werden täglich von der französischen Division, die in Differten ihren Sitz hat, in Empfang genommen und dann von dieser, angeblich ohne Prüfung des Inhalts, weiter geleitet. Der Völklinger Platzkommandant, der seine Vereidigung verweigerte, ist zu 15 Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe belegt, weil er eine verleumderische, d. h. nicht der Wahrheit entsprechende Anzeige gegen französische Soldaten erhoben habe. — In St. Wendel plünderte der Pöbel der umliegenden Industrieorte das Proviantamt und die Infanterie-Kaserne völlig aus und brannte sie nieder. Bei der Abwehr des ersten Ansturms durch die Bürgergarde soll es 4 Tote gegeben haben. Auch die Tetinger Ziegelei und das Helleringer Schloß bei Oberhomburg sind durch Brandlegung zerstört worden.

Die schwarzen Truppen in der Pfalz. Der Oberkommandant der Pfalz, Hauptmann Gillardoni, meldet: 1. Das Gendarmeriekommando Grünstadt berichtet am 26. November vormittags: Zwischen 10 und 11 Uhr wurde auf dem Feldwege von Nieder-Gaubach nach Gerersheim bei Bezirksamt St. Ingbert von einem Soldaten der feindlichen Besatzungsarmee — ein Neger von der Insel Madagascar — an der Bauerswischer Anna Krämer von Nieder-Gaubach das Verbrechen der Notzucht verübt. Der Vorfall wurde dem in Nieder-Gaubach untergebrachten Offizier der Entente-Truppen gemeldet. 2. Bezirksamt Zweibrücken berichtet unterm 28. November: Am 25. November zwischen 6 und 7 Uhr wurde die ledige Anna Stoll von Mausbach bei Wormbach von einem französischen Soldaten in Uniform (welcher Franzose) vergewaltigt. Hierzu ist zu bemerken, daß an der Südgrenze des Besetzungsraums französische Marineinfanterie, französische Neger und Fremdenlegionäre stehen. 3. In Kruppen, Bezirksamt Pirmasens, ohrfeigte der französische Major, welcher dem Bezirksamtmann mit Einsperren gedroht hatte, den protestantischen Pfarrer, weil ihn dieser nicht gegrüßt hatte.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat gegen die Verwendung schwarzer Truppen zur Besetzung deutschen Gebiets energisch protestiert. Nachdem die Franzosen durch die Heranziehung von schwarzen Mannschaften die Solidarität der weißen Rasse bereits tief erschüttert haben, krönen sie diese Kriegspolitik durch die Entsendung schwarzer Truppen zur Besetzung deutscher Städte. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß die Franzosen ihre schwarzen Freunde nicht fest in der Hand haben. Die Verbrechen gegen Frauen und Mädchen haben sich gehäuft. Das sollte namentlich den Amerikanern zu denken geben, die aus eigener Erfahrung wissen, daß die Schwarzen zügellos sind, wenn sie freie Hand haben.

Zurückziehung der Farbigen. Der Pariser „Temps" meldet, daß die französischen Kolonialtruppen infolge eines Befehls des Ministerrats aus dem besetzten deutschen Gebiet zurückgezogen werden.

Berlin. Die feindlichen Kriegsgefangenen, die aus Deutschland bei den Verbandsheeren angekommen sind, beschweren sich bitter über ihre plötzliche Entlassung und verlangen strenge Bestrafung derjenigen, die für ihre plötzliche „Befreiung" verantwortlich sind. Unter diesen Umständen kann es geschehen, daß der Verband sich an die Arbeiter- und Soldatenräte hält, die in bester Absicht die Kriegsgefangenen in den ersten Tagen der Revolution freigelassen haben, ohne sich sorglich über die vollen Folgen ihres Tuns klar zu werden und die Notwendigkeit zu bedenken, daß die Kriegsgefangenen bis zu ihrer Uebergabe gut verpflegt werden müssen. — Diese von unseren Revolutionären in bester Absicht, aber voreilig entlassenen Gefangenen und solche, die aus den Lagern entwichen sind, sind diejenigen, die in mangelhaftem Ernährungs- und Bekleidungszustand bei ihren Landsleuten angekommen sind und dort den Anlaß zu heftigen Klagen und den schärfsten Drohungen gegeben haben. Daß man damit drüben voreilig und ohne Grund verallgemeinernd handelte, beweist die Tatsache, daß wegen der über Dänemark ordnungsmäßig ausgelieferten englischen Gefangenen bisher keine Klagen laut geworden sind. Es sei auch bei dieser Gelegenheit wieder betont — es kann gar nicht oft genug geschehen —, daß nach wie vor wir es sind, die über die Gefangenenbehandlung bitter zu klagen viele Gründe haben; den ganzen Krieg hindurch haben unsere gefangenen Landsleute in der ganzen Welt sich über schlechte Behandlung beklagen müssen, und jetzt beim Waffenstillstand werden sie festgehalten, während die gelangen gewesenen Gegner ihre Freiheit zurückerhalten. Wo bleibt bei dieser willkürlichen Einseitigkeit Recht und Gerechtigkeit, mehr allein man beiden angeblich getrumpft hat? Das Recht liegt dafür keinerlei sachhaltigen Grunds, und deswegen verlangt das deutsche Volk nachdrücklich von seinen zuständigen Vertretern, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um auch unseren gefangenen Landsleuten die lange und heiß ersehnte Freiheit wiederzugeben. Möge die neue deutsche Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland sich als ein solches Mittel erweisen. Wir haben im ernsten Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit ist sie sicher, auf dem rechten Wege; ob sie aber auch für ihr sehr weitgehendes Entgegenkommen gegen die gegnerischen Regierungen Dank finden wird, darf noch allen unseren Erfahrungen füglich bezweifelt werden. Oder glaubt jemand, daß man auch in Frankreich eine entsprechende Kommission einsetzen und deutschen Vertretern das Recht der Teilnahme an ihren Sitzungen geben könnte?

Wb Berlin, 3. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus Spaa: Die Entente sicherte unseren in Rußland sich befindlichen Truppen freies Geleit nach Deutschland zu. Von polnischer Seite wird in den letzten Tagen in schweizerischen Blättern behauptet, daß die Pogrome in Galizien auf alldeutsche Umtriebe zurückzuführen seien. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß diese Behauptungen völlig frei erfunden sind und den Versuch Polens darstellen, sich von der schweren Schuld an den fürchterlichen Exzessen reinzuwaschen. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien und Kongreßpolen.

Die Auslieferung der Lokomotiven.

Berlin. Der Generalissimus Foch hatte an die deutsche Waffenstillstandskommission eine scharfe Anfrage wegen der Auslieferung der Eisenbahnen und besten Lokomotiven gerichtet. Daraufhin hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, in Mitteilungen vor allem gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Ausbesserung befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde, und als Tag der Ablieferung den 1. Februar 1919 vorgeschlagen. Dabei war die Bedingung gestellt, daß die Franzosen die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten Lokomotiven auf diese Zeit zur Verfügung bringen würden. Wie ich erfahre, hat Foch sein Einverständnis hiermit erklärt. Die gestellte Frist war Montag vormittag abgelaufen. Aus der Ueberschreitung haben die Franzosen keine Folgerungen gezogen.

Solf über Elsaß-Lothringen.

Berlin, 2. Dezember. Im Laufe einer Unterredung, die der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, mit einem Vertreter von W. T. B. hatte, kam er auch auf die neugegründete Zentralstelle der Verbänder der Elsaß-Lothringer im Reiche zu sprechen, die sich zum Ziel gesetzt hat, den aus ihrer Heimat geflohenen oder noch zu erwartenden Landsleuten mit Rat und Tat beizustehen.

Der Staatssekretär erklärte, daß er den Elsaß-Lothringer Angelegenheiten dauernd größte Aufmerksamkeit schenke, und daß ihm wohlbekannt ist, in welche bedrängte Lage viele Elsaß-Lothringer jetzt gekommen seien. Er führte ferner aus:

Die französische Presse stellt es so dar, als sei ganz Elsaß-Lothringen von einem Freudentaumel über die Wiedervereinigung mit Frankreich befallen. Die Tendenz dieser einheitlich dirigierten Kundgebungen ist doch etwas sehr durchsichtig. Frankreich will der Welt vergeßlich machen, daß Elsaß-Lothringen ein zu neun Zehntel deutsches Sprachgebiet und uraltes deutsches Kulturland ist. Es will die öffentliche Meinung seiner Verbündeten und die des neutralen Auslandes darüber hinwegtäuschen, daß Deutschland in den 44 Jahren, die Elsaß-Lothringen zum Reiche gehört hat, dort wirkliche Kulturarbeit geleistet und durch weitschauende Fürsorge die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes in hervorragendem Maße gefördert hat. Man verschone uns mit dem oberflächlichen Gerede von der Unbeliebtheit unserer Beamtenschaft. Daß nicht alle Beamten für die heikle Mission paßten, vor die sie in Elsaß-Lothringen gestellt waren, bestreite ich nicht. Ich behaupte aber mit aller Entschiedenheit, daß die deutsche Verwaltung in Elsaß-Lothringen gut gearbeitet und daß sie auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge Mustergültiges, von keinem anderen Lande Erreichtes geschaffen hat. All dies wird unvergessen bleiben und wird in Gedenken der dankbaren Nachwelt zum Ausdruck kommen. Bewegten Herzens denkt das deutsche Volk in diesen Tagen an die treuen Pioniere des deutschen Gedankens in Elsaß-Lothringen und ihrer Not und ihrer Sorge. Wir haben eine große Dankesschuld an sie abzutragen. Vom ihren engeren Landsleuten verkannt, ja selbst bedroht, haben sie als Sachwalter des vielgeschmähten Deutschlands ihre ganze Persönlichkeit für die Wiedererneuerung Deutschlands und an der Wiederbelebung der großen gewaltigen Kräfte, die unbeirrt durch das England dieses Krieges in der Seele des deutschen Volkes schlummern.

Aus Berlin meldet Wolff: Im Reichsamt des Innern wird eine Zentralstelle eingerichtet, in der die Angelegenheiten der elsaß-lothringischen Beamten und Versorgungsberechtigten bearbeitet werden. Die Anträge sind an die Zentralstelle für elsaß-lothringische Beamte im Reichsamt des Innern, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74, zu richten.

Ein Abschiedsgruß des früheren Kronprinzen.

Berlin. Unter dem 11. November hat der bisherige Kronprinz sich mit folgendem Erlaß von seiner Heeresgruppe verabschiedet:

An meine Armeen! Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun, da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe Abschied zu nehmen. Wie immer bisher, so kann auch heute ich meinen tapferen Armeen, jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldenmut, für die Opferfreudigkeit und Entsagung, mit der sie allen Gefahren ins Auge gesehen und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben, in guten und in bösen Tagen. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht besiegt. Hunger und bittere Not haben uns bezwungen. Stolz und hocherhobenen Hauptes kann meine Heeresgruppe den mit dem besten deutschen Blut erkämpften Boden Frankreichs verlassen. Ihr Schild, ihre Soldatenehre ist fleckenlos und rein. Ein jeder sorge, daß sie es bleibe, hier und in der Heimat! Vier lange schwere Jahre durfte ich mit meinen Armeen sein in Sieg und Not, über lange Jahre gehörte ich mit ganzem vollem Herzen meinen treuen Truppen. Tief erschüttert scheide ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in kommenden Worten den späteren Geschlechtern künden wird. Nun steht zu Eueren Höheren treu wie bisher, bis ihr Befehl Euch freigeben kann für Weib und Kind, für Heimat und Herd! Gott mit Euch und unserem deutschen Vaterlande!

Der Oberbefehlshaber. gez. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen."

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Ueber den Aufenthaltsort des Kronprinzen Rupprecht sind in letzter Zeit mancherlei wilde Gerüchte umgegangen. So hieß es neulich, er sei nach der Schweiz geflüchtet und habe dort Besprechungen mit ausländischen Staatsmännern. Alle diese Gerüchte sind, wie der „Bayerische Kurier" mitzuteilen weiß, irrig. Kronprinz Rupprecht hat bis nach dem Waffenstillstand bei der Truppe ausgeharrt und sich dann nach Bayern begeben, wo er sich auch jetzt aufhält, und zwar auf einem ungenannten Schloß. Das Blatt macht dann noch verschiedene interessante Angaben, aus denen folgendes wiedergegeben sei: Kronprinz Rupprecht hat, wie in engeren Kreisen bekannt ist, in vielen militärischen, politischen und namentlich auch in der Friedensfrage sehr langem, einem Standpunkt eingenommen, der vielfach von dem in Berlin und bei der Obersten Heeresleitung herrschenden abwich. Zum erstenmal trat er nach der zweiten Sommerschlacht im Jahre 1916 entschieden für einen Friedensschluß ein. Es fiel damals aus seinem Munde das charakteristische Wort, der beste Erfolg für uns bestehe darin, wenn der Krieg wie das Herzberger Schießen ausgehe. Mit besonderem Nachdruck befürwortete er in den ersten Monaten des jetzigen Jahres die Anbahnung eines Friedens mit der Begründung, der Augenblick, in dem unsere Truppen im Osten frei würden, sei als besonders günstig anzusehen, nicht für eine Offensive, sondern für ein Friedensangebot. Kronprinz Rupprecht hat diese Auffassung auch in einer Denkschrift an den Reichskanzler vertreten und in einer anderen denkwürdigen Vorstellung, die er schriftlich an den Kaiser richtete, in der er mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertrat, wir müßten unbedingt Frieden schließen. Die Unruhe erfolgte auf dem Umweg über die Oberste Heeresleitung. Daß Kronprinz Rupprecht militärisch ja manchmal im Gegensatz stand zur Auffassung der Obersten Heeresleitung, besonders zu Ludendorff, ist kein Geheimnis. Zu einem schwereren Konflikt kam es im letzten Frühjahr. Kronprinz Rupprecht stand bei seinem Vormarsch gegen Amiens vor der Vollendung des Durchstoßes, mit dessen Gelingen er bestimmt rechnete und bestimmt rechnen konnte, als die Nachricht von Ludendorff eintraf, daß der Vormarsch einzustellen sei. Ludendorff hatte nämlich den Befehl gegeben, daß die Heeresgruppe deutscher Kronprinz wieder einzugreifen habe. Was ihn dazu veranlaßte, ist unklar. Es ist auch schließlich kein Geheimnis, daß man im Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht Ludendorff seit langem dahin einschätzte, daß ihm zwar eine ganz ungeheure Willenskraft eigen sei, die aber durch eine entsprechende Verstandeskraft nicht ausgeglichen wurde. Es kam zu dem Ergebnis, daß Ludendorff strategisch nicht auf der Höhe sei. Es kam zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff zu Reibungen und vom Sommer ab waren alle Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff abgebrochen. Noch in den letzten Tagen des Krieges hat Kronprinz Rupprecht es durchgesetzt, daß von einer wahrscheinlichen Ihder Abstand genommen wurde. Man hatte auf deutscher Seite neue Brandbomben erfunden, von denen jeder Flieger mehrere tausend Stück mit sich führen konnte. Damit wollte man noch kurz vor dem Waffenstillstand Paris belegen und vielleicht ein Chaos in Brand stecken. Kronprinz Rupprecht ist entschieden dagegen aufgetreten und hat auch beim Reichskanzler Vorstellungen erhoben. Das Ergebnis war, daß v. Hinze zu Ludendorff fuhr und daß die neuen Bomben nur in keinem Maßstabe zur Anwendung gelangten.

Zur Abdankung Wilhelms II.

Eine Erklärung des Prinzen Heinrich.

Berlin. In der „Kreuzzeitung" läßt Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder Wilhelms II., folgende Kundgabe an alle Familienmitglieder des königlich preußischen Hauses:

Durch Erlaß unseres Königs vom 28. November 1918 aus Anerkennung sind alle Beamte des Deutschen Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine ihres Treueides entbunden. Hiermit sind also auch wir in Offiziers- oder Beamtenstellen befindliche Angehörige des preußischen Königshauses von diesem Treueid entbunden. Nicht nur liebe zu unserem jeden tritt, sie bei Staatsdienst noch dessen Kräften zu betätigen, sondern es wird hier zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren, und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienten. Auch handeln wir im Sinne unseres Königs, welcher in seinem Thronverzicht vom 28. November ausdrücklich auf eine Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes hinweist. Als Senior der zur Zeit in Preußen und dem Deutschen Reiche wohnhaften Mitglieder des preußischen Königshauses erkläre ich hiermit, daß trotz der Umordnung im Reiche und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer neuerbauten gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits auch persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte und alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schäden von ihm abzuwenden, ihm als mein allerengster Familienverbande restlos anerkenne. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des königlich preußischen Hauses hiermit zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Gesinnung.

Herrenhaus Hemmelmark bei Eckernförde, 1. Dezember 1918.

Heinrich, Prinz von Preußen, Admiralleutnant.

Zum Anschluß daran weist die „Kreuzzeitung" darauf hin, daß die Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November, die Bekanntmachung von seinem Rücktritt durch den damaligen Kanzler, Prinzen Max von Baden, vom 9. November datiert. Dadurch würden die Zweifel verstärkt, daß der Kaiser am 9. November tatsächlich schon eine formelle Erklärung seiner Abdankung abgegeben habe, zumal die nächsten Verwandten des Kaisers in Potsdam vom seinem Entschluß zu dieser Zeit keine Kenntnis hatten. Aus dem Haag ist dem „Berliner Tageblatt" gemeldet worden, Kaiser Wilhelm habe sich stets nur zum Verzicht auf die Kaiserkrone, nicht zum Verzicht auf die preußische Krone bereit erklärt, und als am 9. November in Berlin die Ereignisse drängten, habe die Regierung von sich aus die Abdankung des Kaisers erklärt und dieser selbst habe erst durch die Veröffentlichung durch Wolffs Telegraphenbureau davon erfahren und seine Zustimmung gegeben. Diese Darstellung klingt der „Kreuzzeitung" unwahrscheinlich, und sie hält es für an der Zeit, daß Prinz Max sich zu dieser Frage äußert. Die spätere Unterzeichnung der Abdankungsurkunde lasse ferner vermuten, daß der Text erst zwischen dem abdankenden Kaiser und der neugegründeten sozialistischen Regierung festgelegt worden sei. Das Blatt meint, daß der Monarch ursprünglich eine andere mehr zu Herzen gehende Form gewählt habe, die der Regierung oder dem Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte als eine Stärkung des monarchischen Gedankens mancher deutschen Kreise angesehen worden zu sein scheine. Weitere Verhandlungen unter dem Druck der Tatsachen mögen dann wohl dem Kaiser die Zustimmung zu der bekannt gewordenen Form der Abdankung abgerungen haben. Es sei geboten, daß diese Vorgänge einwandfrei nach ihrem historischen und sachlichen Gang ausführlich dargelegt würden.

Wo liegt die Schuld am Kriege?

Das „Echo de Paris" gesteht offen zu, daß sich England und Frankreich schon lange vor dem Jahre 1914 zusammengeschlossen haben, um Mitteleuropa niederschlagen zu können. Damit rechtfertigt das „Echo de Paris" nachträglich die deutsche — jetzt verurteilte — Kriegsvorbereitung. — Man wird hier auch fragen dürfen: War das Ziel der Revanchepolitik seit 1871 etwa nicht der Krieg gegen Deutschland? Ebenso das Ziel des widernatürlichen Bündnisses der französischen Republik mit dem Rußland des Zaren? Ebenso das Ziel der „Entente" mit England?

Eine Unterredung mit General Liman v. Sanders.

Ein englischer Berichterstatter hatte in Konstantinopel eine Unterredung mit Liman v. Sanders, wonach der General folgendes gesagt haben soll: Im August habe er alle Hoffnung aufgegeben gehabt und Ludendorff telegraphisch um Verstärkung gebeten, wenn eine Katastrophe vermieden werden sollte. Die türkischen Truppen in Palästina, unter denen sich nur 1200 Reiter befunden hätten, seien so schwach gewesen, weil alle Reserven nach dem Kaukasus und Persien geschoben worden seien. Er habe dagegen bei Enver Pascha Einspruch erhoben, sei aber überstimmt worden. Er habe dann zweimal um seine Entlassung nachgesucht, doch habe die deutsche Regierung ihn zum Bleiben veranlaßt.

Gegen Seil und Erzberger.

WB Berlin, 2. Dezember. Der Vollzugsrat Groß-Berlins hat im Einverständnis mit dem bayrischen Vollzugsausschuß beschlossen zu fordern: 1. daß die vom Vollzugsrat bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts Seils schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Seil ein Mann tritt, der stets ein Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. Zusicherung, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

Verständigung der liberalen Parteien.

WB Berlin. Wie wir von beteiligter Seite erfahren, haben die über die Vereinigung der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei geführten Verhandlungen unter den damit betrauten Persönlichkeiten zu einer vollen und grundsätzlichen Verständigung geführt. Die Abmachungen werden voraussichtlich heute ihren formellen Abschluß finden.

WB Berlin, 3. Dezember. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quarck ist zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt worden und hat gleichzeitig den kommissarischen Auftrag erhalten, im Auswärtigen Amt gemeinsam mit Kautsky die Prüfung des Archivs vorzunehmen.

Berlin. Wie die „Kreuzzeitung" hört, ist versucht worden, daß Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamte des Beurlaubtenheeres, auch diejenigen, die vom Feldheer kommen, ihre Friedensgarnison oder den Demobilmachungsort erreicht haben, vom 1. Dezember ab nur das Friedensgehalt beziehen.

Das Ergebnis der Volksspende für Kriegsbeschädigte. Der Volksspende sind aus dem Reich über 150 Millionen Mark zugeflossen. Dieses glänzende Ergebnis übersteigt bei weitem die Erträgnisse aller bisherigen Kriegsmobilfahrtsammlungen.

Karlsruhe. Die Volksregierung in Karlsruhe beabsichtigt dem Vernehmen nach, dem bisherigen Großherzog und der großherzoglichen Familie das dem Staate gehörige Schloß Baden, an das ein wundervoll gepflegter Schloßgarten angrenzt, zum Wohnsitz zu überlassen.

Der Gesamtverlust der deutschen Lehrerschaft an Gefallenen während des Weltkrieges wird auf weit über 20 000 geschätzt.

Die Gesamtverluste Oesterreichs im Kriege betrugen bis Mitte Mai 1918 an Toten und Verwundeten 4 Millionen Mann; davon werden als gefallen 800 000 Mann und 17 000 Offiziere genannt.

Nassauische Nachrichten.

wc **Wiesbaden.** Bezüglich des Termines, zu welchem die Besetzung unserer Stadt durch die Truppen der Entente zu erwarten ist, erfahren wir unverbindlich, daß der Brückenkopf, d. h. das Gebiete diesseits von Mainz, bis zum 7. Dezember geräumt sein müsse.

wc Unser 80. Regiment wird während der Besetzung von Wiesbaden durch die Truppen der Entente seinen Standort in Braunfels an der Lahn bezw. den benachbarten Ortschaften haben. Zur Zeit weilt das Regiment, wie wir hören, in Düsseldorf bezw. in der Nähe dieser Stadt.

Wiesbaden. Nach kurzem Dasein ist die Auflösung der Volkswehr beschlossen worden. Die Bürgerschaft wird davon mit Befriedigung Kenntnis nehmen, desgleichen die Stadt. Denn die Bürgerwehr kostete täglich — 6000 Mark.

Aus dem Rheingau. Die Domäne schafft ihre in den Kellereien Eberbach, Eltville und Rüdesheim noch lagernden unversteigerten Weine per Schiff nach Würzburg! — Diese Maßnahme ist notwendig, weil zu befürchten ist, daß der einziehende Feind die Domänenweine als Staatsgut einziehen könnte.

Frankfurt. Ein 13jähriger Schüler rutschte von einem Treppengeländer des dritten Stockwerks in das zweite Stockwerk. Hierbei stürzte er in die Tiefe und war auf der Stelle tot.

Frankfurt. Professor Max Weber-Heidelberg sprach hier in einer großen Versammlung über „Die neue Zeit". Der Redner führte unter anderem aus: Eine neue Zeit ist angebrochen. Der alte Beamtenstaat mit all seinen bösen Nebenerscheinungen ist verschwunden. Es ist unritterlich, jetzt dem Kaiser, wo er im Unglück ist, die Schuld an allem zuzuschieben. Er trägt nicht die Schuld allein, die Schuld trägt das ganze System, das System des Militarismus und Imperialismus. Drei Punkte müssen wir daher an die Spitze unseres Programms stellen: Antimilitarismus, Antiimperialismus und moralische Regeneration unserer Politik. Unsere Militärwirtschaft muß einem Milizsystem weichen. Die geographische Lage Deutschlands schließt jeden Imperialismus aus. Unsere Politik muß von Grund auf bis zur höchsten Spitze umgewandelt werden. Ungeheuerlich sind die Schäden, die der Krieg in dieser Hinsicht angerichtet oder aufgedeckt hat. Unser letzteriges System hat es ermöglicht, daß Generäle zu Politikern wurden. Unsere Politik muß in Zukunft pazifistisch gerichtet sein. Entschieden muß man es bekämpfen, daß bereits die Totengräber des Pazifismus an der Arbeit sind, wie es jetzt der bayrische Gesandte in der Schweiz ist. Wenn nun die Frage nach der Schuld am Kriege stellen, so muß man die Antwort geben: Der Kriegsgrund war der Niederkampf des russischen Zarismus. Dagegen ist das deutsche Volk mit Recht zu Felde gezogen, dagegen mußte es zu Felde ziehen. Unseren heimkehrenden Kriegern wollen wir sagen: Diese Aufgabe habt ihr erfüllt. Sinnlos war aber der Krieg, nachdem das Ziel erreicht war. Verfehlt wurde der Sinn des Krieges, ein Frevel war die Entfesselung des Ubootkrieges, der uns einen, für uns unangreifbaren Gegner schaffte, ein Frevel war die unerhörte Politik des Friedens von Brest-Litowsk. Wir haben Gott versucht und das Schicksal hat sich an uns gerächt. Unsere Dynastie hat vollkommen versagt. Sie hat gereist und telegraphiert, in kurzen Worten Reklame gemacht auf Kosten der Nation, anstatt ein Gegengewicht zu bilden gegen die Herrschaft der Generäle. Ludendorff war ein Spieler, ein Hazardspieler, wie Friedrich der Große und Napoleon. Er spielte um die Zukunft unserer Nation. Er hat sie verspielt. Was wir jetzt fordern, ist die Republik, denn die Dynastie hat sich hoffnungslos kompromittiert, eine starke demokratische Republik im Sinne der Ebert Entschließung. Unser Ideal wäre die Einheitsrepublik. Wegfallen muß vor allen Dingen die Identität Preußens und Deutschlands. Neben dem Reichstag muß eine zweite Einrichtung geschaffen werden, ein Staatenhaus oder wie man es sonst nennen will. An der Spitze des neuen Staates muß ein Präsident oder Kanzler stehen, der durch Volkswahl zu berufen ist. Ihm steht nur ein Veto-Recht für angenommene Gesetze bei Konflikten zwischen den beiden Häusern zu. Weiter fordern wir eine Vermögensabgabe, Reichsmonopole, Stellung der Rohstoffindustrie unter Staatskontrolle, Sozialisierung großer Betriebe, planmäßiger Aufbau unseres Wirtschaftslebens. Die Totengräberarbeit, die eben von Berlin und München aus gemacht wird, machen wir aber nicht mit. Die Errungenschaften der Revolution wollen wir festhalten. Wenn wir der Fremdherrschaft ausgeliefert werden, sind wir nicht mehr Subjekt sondern Objekt. Die Gegner, die dann über uns zu entscheiden haben, sind nicht sozial regierte, sondern kapitalistisch regierte Völker. Zur Weiterführung unseres Wirtschaftslebens brauchen wir aber auch geistbegeisterte Gehirne. Zur Beschaffung der Rohstoffe brauchen wir Kredite. Diese werden nur einer Regierung gewährt, an der paritätisch das Bürgertum beteiligt ist. Das Bürgertum soll mitarbeiten, es soll sich aber nicht aufdrängen, dazu hat es keinen Anlaß. Aber der Typus des faulen Bürgers muß verschwinden, jene Kategorie, die sich damals duckte und die sich jetzt duckt, und die im Stillen auf die Rückkehr der Dynastie von Gottes Gnaden hofft. Ein stolzes selbstbewußtes Bürgertum muß Schulter an Schulter mit einer stolzen Arbeiterschaft zusammenarbeiten. Ohne aufrechte Männer keine wahre Demokratie. Auf Grund unserer Leistungen sollen wir ein großes Volk werden. So wollen wir die Zukunft Deutschlands sehen. (Lebhafter, landanhaltender Beifall.)

— Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß vom 2. bis 22. Dezember sämtliche Bars und Animierkneipen zu schließen sind.

Wb Von der Waffenstillstandskommission in Spaa ist dem Nachrichtenamt des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß eine Besetzung von ganz Frankfurt nicht in Frage kommt.

Oberursel. Für den Durchzug der 5. Armee durch den Obertaunuskreis sollte infolge amtlichen Auftrags von mehreren Gemeinden des Kreises innerhalb drei Tagen etwa 50 000 Brote gebacken werden. Fieberhaft arbeitete man Tag und Nacht, um die ungeheure Menge rechtzeitig fertigzustellen. Schon war der größte Teil gebacken, da kam die Abbestellung mit der Begründung, daß die Armee sich selbst versorge. Die Folge ist nun, daß der Kreis einen gewaltigen Ueberfluß an Brot hat. Die Kreisverwaltung ist bemüht, einen Teil der Vorräte an Militärbehörden oder sonstige Stellen zu verteilen.

— **Vom Rhein.** Die zahlreichen Pontonbrücken, die wegen des Rückzuges der Armeen über den Rhein geschlagen sind, haben den Kohlentransport zu Schiff nach dem Mittelrheingebiet fast völlig gelähmt. Infolgedessen ist überall ein solch empfindlicher Kohlenmangel eingetreten, daß nahezu alle Gaswerke ihre Leistungen herabmindern oder ihren Betrieb ganz einstellen mußten. Auch nach Aufhebung der Brückenhindernisse ist an eine bessere Kohlenzufuhr nicht zu denken, da der Wasserstand des Rheines so ungewöhnlich niedrig ist, daß an eine regelmäßige Schiffahrt gar nicht mehr gedacht werden kann. Der Pegel zeigt einen seit 50 Jahren nicht beobachteten Tiefstand.

Mainz. Am Mittwoch trifft die Uebernahmeabordnung in Mainz ein. — Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat wird nach Eintreffen der fremden Besatzung als Wohlfahrtsausschuß oder Volksrat an die Behörden angegliedert werden. Eine Kontrolle der Behörden soll bestehen bleiben; falls die Garnisonverwaltung als militärische Stelle nicht weiter bestehen kann, wird sie von der Stadt übernommen.

— Die letzten größeren geschlossenen Truppenkörper passierten Montag um die Mittagszeit auf ihrem Marsch nach Osten die hiesige Stadt. Den Schluß der gesamten Armeegruppe C, die vor Verdun kämpfte, bildete die 3. bayerische Infanteriedivision, deren Kischhut das bayr. Inf.-Regt. Nr 18, früher in Landau, bildet. Dieses Regiment geht heute Dienstag vormittag als letztes bei Mainz über den Rhein.

Vermischtes.

Aus verschiedenen pfälzischen Ortschaften lauten Meldungen ein, daß die Bevölkerung unter den Belästigungen der schwarzen Truppen zu leiden habe. Die Schwarzen verfolgten die Frauen und Mädchen bis in die Häuser und stellten ihnen schamlose Anforderungen. In einem Ort wurde ein 9jähriges Mädchen von einem Neger überfallen und vergewaltigt. Auf die Anzeige stellt der Ortsbehördehaber den Täter ermittelt und festnahmen. Die französischen Soldaten benehmen sich tadellos.

Graz. Einem französischen Blatt wird der Tod des bekannten Kanonenkönigs Sir Emrich aus Salt Lake City gemeldet. Das Blatt hält den Verstorbenen den Franzosen als glänzendes Beispiel vor, da er Vater von 55 Kindern war, von denen noch 30 am Leben sind. Die Zahl seiner Enkelkinder soll sehr groß sein, wird aber nicht genannt; nur daß er 6 Frauen hatte und 5 Witwen hinterläßt, erfahren wir.

Der Kinnbacken entzerrissen wurde einem jungen Mädchen aus Stuttgart, das an Zahnschmerzen litt. Ein auf Besuch weilender Onkel konnte das Jammern der Gepeinigten nicht mit anhören. Er überredete daher die Nichte, sich von ihm den Zahn ziehen zu lassen. Nach vielem Zureden willigte das arme Schlachtopfer ein. Der gemütvolle Oheim schlang um den kranken Zahn eine Drahtschlinge — Kinkhaben hält nicht, meinte er — und zog nun aus Leibeskräften. Trotz des entsetzlichen Geschreies der Gefolterten zog der brave Onkel ruhig weiter, bis der Zahn heraus war und die Kinnade auch. Jetzt liegt der arme Wurm im Krankenhaus in Bernburg.

Frieden und Stiefmut. In einer Notiz, in der u. a. bemerkt wurde, daß auch in den „anderen Ländern" ein großer Stoffmangel herrscht, schreibt dem „Wiesb. Tagbl." eine Leserin: „Ich habe vor etwa 14 Tagen den Anzeigenteil der „Times" studiert und war nicht wenig erstaunt über die auffallend niedrigen Preise der angebotenen Waren, von denen ich einige anführen möchte. 1 Dutzend feinene Taschentücher 6.50 bis 7.50 Mark, ein gestricktes Damen-Nachthemd 10 Mark, ein elegantes Teekleid aus Seidentaschmir 105 Mark, Pelzmäntel zu 400 bis 500 Mark. Wahrlich, solche Traumpreise haben wir kaum im Frieden gekannt, dazu kamen diese Angebote aus guten Geschäften. Ich glaube, wenn die Stoffknappheit im Ausland so groß wäre, könnten auch die englischen Geschäfte nicht mit solchen Preisen arbeiten.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheim. Am letzten Sonntag abend fand im Saalbau zur Krone, die durch das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei Hochheims angesetzte große Volksversammlung statt. Dem uns zugegangenen Bericht, den wir wegen Satzschwierigkeiten infolge Raumsperre kürzen mußten, entnehmen wir folgendes: Das Versammlungslokal war schon lange vor der festgesetzten Zeit überfüllt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Wahlkomitees, behandelte Herr Allmayer in längerer, sorgfältig bearbeiteter Rede das Thema: „Revolution und Nationalversammlung". Beginnend mit dem internationalen Sozialistenkongreß in Basel im Beisein Jaurès im Jahre 1912, der in der Hauptsache die Erhaltung des internationalen Völkerfriedens im Auge hatte, führte er die schmählichen Umtriebe und Ränke an, die eine gewisse Klicke von Menschen nur um des eigenen Vorteils Willen benutzte, um diesen furchtbaren Weltkrieg heraufzubeschwören und zu entfachen, der unser Vaterland dem Untergange preisgegeben hat, sodaß wir jetzt vor einem Trümmerhaufen, vor einem Nichts stehen. Die Revolution, die ja einmal kommen mußte, sei ja bei uns nicht wie bei anderen Völkern im Frieden mit Blutvergießen, Brand und Mord gekommen. Eine einzige Nacht genügte, abgesehen von einigen belanglosen Entgleisungen Einzelner, ohne jegliches Blutvergießen das alte Regime zu stürzen, um einem neuen, freien Leben den Weg zu bahnen. Zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes fordert Herr Allmayer alle Männer und Frauen mit zündenden Worten auf. Es gelte drei Hauptpunkte zu unterscheiden, die als erste und wichtigste Arbeit durchgeführt werden müssen, von deren Gelingen das Wohl oder Wehe unseres Vaterlandes abhängt. Es sind dies 1. die Demobilisation in geordneter Weise zu bewältigen, 2. die Volksernährung schnell und wirksam sicher zu stellen, 3. den Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung durch die Wahlen am 16. Februar zu sichern. Er erwähnt hierzu, daß gerade die Sozialdemokratie die Aufgabe habe, hier mit aller Kraft mitzuwirken, daß sie berufen sei, die Gegenströmungen der äußersten Rechten mit energischen Maßregeln zu begegnen und andererseits auch den wahnsinnigen Eingriffen bolschewistischer Elemente rücksichtslos Halt zu bieten. Er sagte: „Wir wollen keine russischen Zustände, wir wollen aber um unsere Heimat vor inneren Unruhen zu bewahren, der Macht und das gegenwärtige Regime so lange gerecht ausüben, bis das ganze Volk in der Nationalversammlung sich seine Regierung selbst gebildet hat, mit wollen ein ganzes, einiges Deutschland, eine freie deutsche Republik." Lebhafter Beifall aus der Versammlung lohnte den Redner. Herr Grohmann gab sodann einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit des Arbeiter- und Bauernrates Hochheim. In der folgenden Aussprache schloß sich Herr Theis (Hörsheim) den Ausführungen des Herrn Allmayer an und verwies ebenfalls auf ein einiges, geschlossenes und energisches Zusammenarbeiten der Bürger, denn nur Einigkeit macht stark. Herr Grohmann gab hierauf bekannt, daß dem Hochheimer Wahlverein der sozialdemokratischen Partei im Laufe des Tages bereits 10 Mitglieder beigetreten sind und bittet auch die Anwesenden, sich möglichst alle zum Anschluß an die Partei zu entschließen. In seinem Schlußwort führte Herr Allmayer aus, daß nur eine mächtige Partei einflußreich in der künftigen deutschen Nationalversammlung im Interesse der Freiheit und des Volkswohles wirken könne. Er fordert ebenfalls die Anwesenden auf, ihre ganze Kraft dem Wohle des Vaterlandes und der Gemeinde zur Verfügung zu stellen und empfiehlt gleichfalls den Anschluß an die sozialdemokratische Partei.

* **Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts im Dezember.** Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch Bekanntmachung vom 6. November (Reichsanzeiger Nr. 272) für die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich die Meldepflicht für Dezember erneut ausgesprochen. Wichtig in der neuen Bekanntmachung ist, daß der Bezug von Brennstoffen strenger als bisher an die Einreichung der Meldekarte gebunden ist. Die Anpassung der Bestimmungen an die Bedürfnisse der Demobilmachung wird auf einem besonderen blauen Zettel erläutert, der den bei den bekannten Stellen erhältlichen Meldekartenheften vorgeheftet ist.

* Ueber die Versorgung der Bevölkerung mit **Zucker** wird gemeldet, daß eine wesentliche Verbesserung nicht erwartet werden darf. Die durch Einstellung der Fabrikation von Sprengmitteln frei werdenden Mengen betragen nur ein Zwölftel der Gesamtproduktion. Die Fabriken sind im allgemeinen beliefert, aber die Transportfrage, die Kohlenfrage und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages machen große Schwierigkeiten.

* Aus Anlaß der Rückkehr der Truppen wird vielerorts ein Arbeitsmangel eintreten. Zur Vermeidung der sich daraus möglicherweise ergebenden Mißhelligkeiten ist es dringend erwünscht, daß die bisher in der Kriegswirtschaft beschäftigten Frauen und Mädchen alsbald wieder zu ihrer früheren Tätigkeit zurückkehren, daß ferner die in der Munitionsindustrie tätigen oder sonst gewesenen jugendlichen Arbeiter sich dem Erlernen eines Handwerks oder eines anderen Berufes zuwenden. Insbesondere ergeht an die Eltern die Mahnung, für die Unterbringung ihrer Söhne in einer guten Lehrstelle zu sorgen und somit ihre Zukunft sicher zu stellen. Vor allem sollten die Landwirte und Herrschaften darauf bedacht sein, recht viele Arbeitskräfte und Dienstboten einzustellen, und dem Arbeitsmangel abzuhelfen suchen. Wenn jeder in dieser Hinsicht mit gutem Willen seiner Pflicht genügt, wird es möglich sein, den Uebergang in den Friedenszustand ohne nennenswerte Störung durchzuführen.

* **Denkt an die Kriegsbeschädigten.** Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge als die Zusammenfassung aller Träger der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge richtet an die Arbeitgeber Deutschlands in dieser Stunde ernstester Not die dringliche Bitte, die Kriegsbeschädigten und insbesondere die Schwerbeschädigten, die in ihrem Betrieb beschäftigt sind, so lange wie irgend möglich in ihren Stellen festzuhalten. Sollte es unerläßlich sein, sie zu entlassen, so dürfte es jedenfalls nur mit Kündigungsfristen geschehen, die über die Fristen für gesunde Arbeitskräfte erheblich hinausgehen. Weiter richtet der Reichsausschuß auch die Bitte an die Arbeitgeber, die Kriegsbeschädigten bei der neuen Einstellung von Arbeitskräften nicht zu vergessen.

* **Weiterverwendung von Feldpostbriefumschlägen und Feldpostkarten.** Feldpostbriefe und Feldpostkarten nach der Ostsee sind nach einer Erklärung der Reichspostamts weiterhin zugelassen; für diese können vorgedruckte Umschläge und Karten nach wie vor benutzt werden. Außerdem können Vordrucke dieser Art im Verkehr mit Heeresangehörigen an festen Standorten innerhalb Deutschlands ohne weiteres verwendet werden, solange für solche Sendungen die Portofreiheit aufrecht erhalten wird. Auch steht nichts entgegen, Feldpostbriefumschläge und Feldpostkarten für den gewöhnlichen inneren deutschen Verkehr zu benutzen, vorausgesetzt, daß der Aufdruck „Feldpost" und die sonstigen nicht zutreffenden Angaben für die Feldanschrift vor der Einlieferung gestrichen werden.

Buntes Allerlei.

Bad Ems. Dienstag mittag versuchte ein Leutnant des durchziehenden 14. Fußartillerie-Regiments mit mehreren Leuten am Postgebäude die rote Flagge herunterzuholen. Die Wachmannschaften schossen auf den Leutnant und einen Mann, der die Flagge einziehen wollte, wobei der Leutnant durch einen Schuß in die Lunge verwundet wurde. Nach zehn Minuten war der Vorfall erledigt.

Paris. Der französische Dichter Edmond Rostand ist gestorben. Sein „Cyrano de Bergerac" ist unzählige Male in Paris aufgeführt und in vielen Uebersetzungen — deutsch von Ludwig Fulda — auch dem Ausland bekannt geworden.

Aus der Pfalz. Vom Standbild des Königs Ludwig I. von Bayern in Edenkoben wurde in einer der letzten Nächte der Kopf abgeschlagen. Dabei steht dieses vom Perron in München geschaffene Bildwerk den König in Zivil als Privatmann dar, und es trägt die Inschrift: „Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend noch mein Herz für Bayern, für Deutschland." Es wurden vier Einwohner Edenkobens als der Tat verdächtig in Haft genommen.

Kehl. Aus brieflichen Mitteilungen aus Straßburg ist zu ersehen, daß dort ein großer Preissturz für Lebensmittel eingetreten ist. Der Liter Wein wurde auf 1.20 Mark festgesetzt, Kaffee, Kakao werden für 3 Mark das Pfund verkauft. Die Wucherer haben das Nachsehen.

Neueste Nachrichten.

Einigkeit tut not.

Berlin, 3. Dezember. Je klarer sich die Absichten der Feinde enthüllen, je mehr es sich zeigt, daß zunächst und bis auf weiteres Wilsons Kundgebungen in den Wind gesprochen sind und der Schluß des Krieges nicht den Völkerbund bringen, sondern die völlige wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands besiegeln soll, desto mehr hängt unsere Erhaltung als lebensfähige Nation davon ab, daß das Volk in allen seinen Teilen sich nicht von innerpolitischen Gesichtspunkten und theoretischen Erwägungen bei der Behandlung der auswärtigen Fragen leiten und zerspalten läßt, sondern sich geschlossen auf das einigt, was dem Willen der Feinde gegenüber noch zur Bewahrung vor dem Aeußersten geschehen kann. Dazu gehört ein einmütiger Einspruch gegen das, was dem Waffenstillstand widerspricht, was unwirtschaftlich und bei unserer Ernährungslage unerträglich ist, ein einmütiger Hinweis auf Wilsons vierzehn Punkte, die bei der Einstellung der Feindseligkeiten maßgebend waren, und auf die ihnen widerstreitenden Maßregeln der Verbandsmächte: Absperrung der elsaß-lothringischen Grenze, Einbeziehung von Saarbrücken und und Saarlouis in das lothringische Gebiet, die Verwendung von Negern als Besatzungstruppen, die Erpressung des Bruches für die Besatzungsoffiziere bei Todesstrafe. Dazu gehört ferner ein einmütiger Anspruch aller Parteien gegen Kontributionen, die unser seit Jahren darniederliegendes Wirtschaftsleben ruinieren müßten, und gegen Schadenersatzbedingungen, wie sie neuerdings in der „Daily News" angekündigt sind, die dauernde wirtschaftliche Verelendung für uns bringen müßten. Mit diesem Einspruch muß sich der beispiellos schwierigen Lage gegenüber die Einigkeit in der Weiterführung der Verhandlung durch erfahrene Sachkenner, ohne sinnloses eigenes Vorgehen von Einzelstaaten und die Herstellung der Grundlage für schnellste Aufnahme werterzeugender Arbeit verbinden. Daß es gerade jetzt im höchsten Maße schädlich sein würde, die Leitung der auswärtigen Politik und die Wahrung des diplomatischen Betriebs auszuwechseln, diese Erkenntnis fehlt auch in der Regierung durchaus nicht. Es ist zu hoffen, daß sie die Oberhand behält und nicht diejenigen durchdringen, die nach dem alten Spruch den Fehler begehen wollen, mitten im Strom die Pferde zu wechseln, lediglich, weil sie an solchen Wechsel Illusionen knüpfen, über deren Aussichten sie der bisherigen Erfahrungen belehren könnten. (Köln. Ztg.)

Berlin, 4. Dezember. Der „Vorwärts" wendet sich gegen die „Freiheit". Diese werfe den Kern des nunmehr höhnisch lächerlichmachenden Streiks wegen der Bewilligung der Kredite auf, indem sie schreibt: Der siegreiche deutsche Militarismus würde die Welt als willkommene Beute behandelt haben, um in ihr eine neue Zwingherrschaft zu errichten." Sein Sieg hätte Deutschland in eine Festung der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Kriegsbund vereinigen müssen. Es liegt nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist. Da liegt der Gegenschlag, sagt der „Vorwärts" und fährt fort: Wir hatten das Vertrauen zu der Kraft der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie den Mißbrauch eines deutschen Sieges, der bei den gegenwärtigen Verhältnissen immer nur ein Mittelsieg werden konnte, dann doch noch innen und außen verhindern würde. Daß es nun anders gekommen ist, daß Deutschland geschlagen worden ist, das liegt wirklich nicht an den Rechtssozialisten. Das haben wir wirklich nicht gewollt, und darum haben wir die Kredite bewilligt.

Berlin, 4. Dezember. In der „Kreuzzeitung" heißt es: Die Entente betrachtet die Feindseligkeiten noch nicht als endgültig beendet. England demobilisiert noch nicht. Frankreich erklärt die eigene Demobilisation noch nicht für möglich, und Amerika will von Mitte Dezember an zwar täglich 30 000 Mann entlassen, deren Rücktransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne, die die Entente von ihrer Seite gegen Deutschland sowie gegen Rußland plant, braucht sie ja eine erhebliche Menge von Truppen, Kriegsmaterial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen in England bis zur Neuerbauung in Rußland, die selbst die Besetzung von Moskau und Petersburg ins Auge faßt. Bei den Franzosen, wollen wir uns garnicht darüber hinwegtäuschen, daß bei den französischen Generalstäblern die Absichten sehr deutlich sind, bis zum Einmarsch in Berlin.

Der Grußerlaß von Jülich.

Berlin, 3. Dezember. Der eben in Jülich eingezogene belgische Oberst hat als Ortskommandant befohlen, daß die deutsche Zivilbevölkerung vorübergehende belgische Offiziere durch Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen und dabei den Bürgersteig zu verlassen haben. Dieser Befehl ist natürlich eine ausgesuchte Niedertrachtigkeit, aber zugleich auch ein boshafter Witz, denn der Befehl des belgischen Offiziers ist die wörtliche Uebersetzung von Befehlen, welche deutsche Ortskommandanten in Litauen und Polen erlassen haben. Wir möchten deshalb raten, mit der Entrüstung etwas vorsichtig zu Werke zu gehen. Denn was den Kowuoer Juden Recht war, das muß jetzt leider den Jülicher Bürgern billig sein.

Foch glaubt an einen neuen Krieg.

Rotterdam, 3. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: Nach dem Wochenblatt „Aux de Cuvier" erklärte Marschall Foch nach der feierlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften, in der er zum Mitglied ernannt wurde: Dieser Krieg war verabscheuungswürdig und kindischerlich, weil er ein industrieller Maschinenkrieg war. Aber der nächste Krieg wird noch schrecklicher sein, weil er alle Kräfte in seinen Dienst stellen wird. „Glauben Sie denn an einen neuen Krieg?" fragte der Berichterstatter den Marschall. „Leider ja!" wurde ihm von Foch erwidert: „Deutschland bereitet ihn vor."

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt dazu: Foch wird doch selber nicht glauben, daß in Deutschland irgend jemand an einen neuen Krieg denkt, aber mit dieser Mitteilung hofft die Entente vielleicht, ihre harten Waffenstillstandsbedingungen begründen und ihre Friedensbedingungen rechtfertigen zu können.

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassaeinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vermittlungsstunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Sparkassen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stückzinsen mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die 4½% **Schatzanweisungen der VIII Kriegsanleihe** und für die 4½% **Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** findet gemäß unserer Bekanntmachung v. 7. Mai, veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November ds. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kassaeinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Paten, Herrn

Melchior Aßmann

nach längerer Krankheit im 54. Lebensjahre zu sich zu rufen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

die trauernden Hinterbliebenen:

J. d. N.: **Frau Charlotte Aßmann,** geb. Heldt **und Kinder.**

Beerdigung: Freitag, den 6. Dezember, mittags 12 Uhr, vom Hildegardis-Krankenhaus aus. Beichte bei Beerdigung Samstag, den 7. Dezember, morgens 9½ Uhr.

1 Paar **Holzschuhe** mit Ledersohle für Leute eingetroffen (Nr. 41—47). Der Preis beträgt pro Paar 14 Mark.
Johann Hofmann, Kirchgasse 23

12 junge Legeenten sowie eine Partie junge Legehühner verkauft
Ignaz Konradi I., Hochheim a. M.

Schöne **Christbäume** verkauft von Montag ab
Franz Brosch, Wilhelmstraße

Mädchen können Nähen und Flicken erlernen.
Näheres in der Tagbl.-Expedition.

Präm. Gold. Medaille

Paul Rehm,
Zahn-Praxis
Wiesbaden, Friedrichstr. 50, I.

Zahnschmerzbeseitigung, Zahnziehen, Nervtöten Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst.: 9—6 Uhr. Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

Trauerkränze

in feiner Ausführung und jedem Preis, sowie künstliche Blumenarbeiten fertigt geschmackvoll an

Blumengeschäft Louis Catta,
Wiesbaden, Schloßstr. 6. Fernruf 6376.